

Gemeinderat in Alveslohe beschließt auf Antrag DER GRÜNEN Votum gegen illegale und ausbeuterische Kinderarbeit

Seit Jahren berichten Medien über die *Schattenseiten der globalisierten Wirtschaft*.

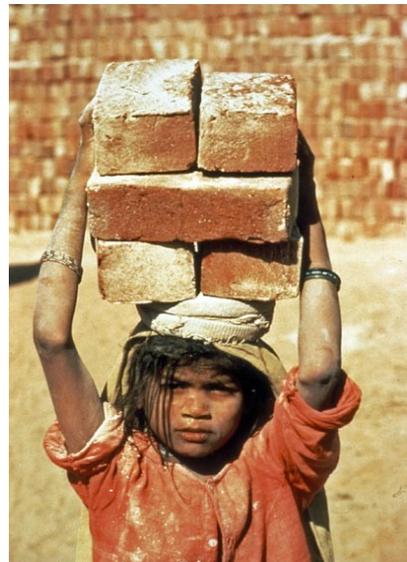
Dazu einige Beispiele:

In vielen Fabriken und Plantagen werden die sozialen Mindeststandards der Internationalen Arbeits-Organisation (ILO) nicht eingehalten.

Weltweit müssen etwa 126 Mio. Kinder unter 15 Jahren unter gefährlichen und ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Ohne jede Schutzkleidung schufteten Minderjährige in Steinbrüchen, um Grab- und Pflastersteine für unsere Friedhöfe und Straßen anzufertigen.

Kinder werden mit falschen Versprechungen ihren Eltern entführt, um als Arbeitssklaven Spielzeug und andere Artikel herzustellen, die in unseren Kaufhäusern angeboten werden.

Sportartikel und Kleidung werden für einen Hungerlohn unter menschenunwürdigen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen angefertigt.



Fazit:

Kinderarbeit gibt es schon immer und wird es wahrscheinlich auch immer geben.

Trotz weltweiter Bemühungen der Hilfsorganisationen wird der Kinderarbeit kaum Einhalt geboten.

Die Hauptursachen liegen in Politik, Gesellschaft und Tradition der jeweiligen Länder und der Industriestaaten. Solange sich dort nichts ändert, wird keines der

Unternehmungen zu einem dauerhaften Ziel führen. Das größte Problem ist, dass Politik und Gesellschaft den finanziellen und nicht den sozialen Aspekt in den Vordergrund stellen. Der Kauf billiger Produkte in den Industrieländern fördert die Herstellung billiger Produkte in den Dritte Welt Ländern.

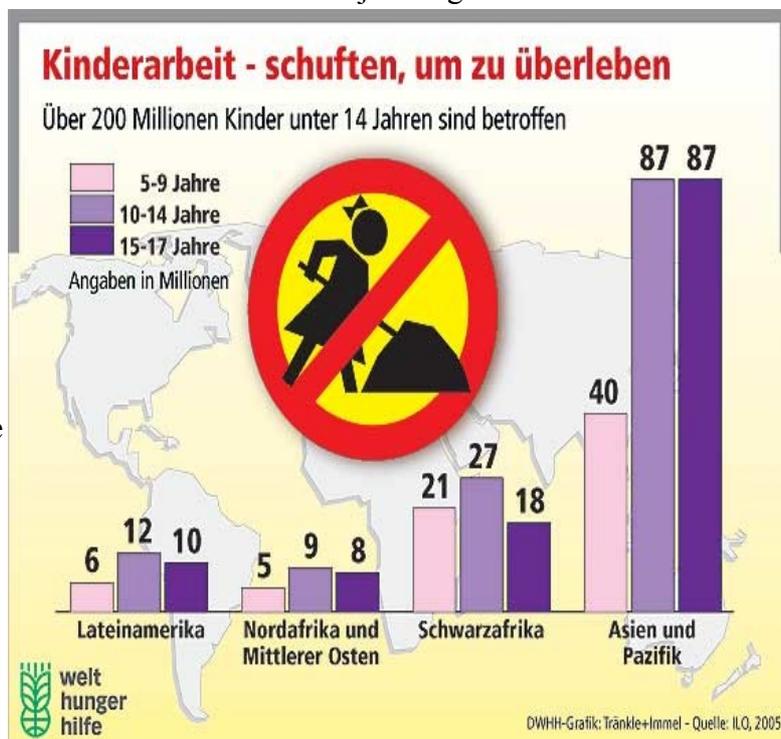
Der Handel sollte **Fair Trade Produkte** unterstützen, ebenso sollte der Kunde darauf bedacht sein die Bemühungen zu unterstützen, in dem er beim Kauf eines Produkts auf dessen Herstellung achtet und nicht nur auf den Preis.

Unserer Meinung nach ist es teilweise schwer, auf preisgünstige Produkte zu verzichten, da es in Deutschland wie auch in anderen Industriestaaten

Haushalte gibt, die mit wenig Geld auskommen müssen. Die Qualität vieler dieser „Schnäppchen“ lässt allerdings oft zu wünschen übrig.

Es ist wenig sinnvoll sich als Staat gegen Kinderarbeit in anderen Ländern einzusetzen und gleichzeitig die durch Kinderarbeit geschaffenen Produkte zu importieren.

Des weiteren sollten Fördermittel für Dritte Welt Länder auch dort ankommen wo sie benötigt werden, hier sind Kontrollen notwendig.



Abschließend lässt sich sagen, dass seit über hundert Jahren versucht wird die Kinderarbeit abzuschaffen und den Kindern Bildung zu ermöglichen.

Gelungen ist dies jedoch nicht.

Ein deutliches Zeichen setzen wollte die Fraktion der Grünen im Alvesloher Gemeinderat mit folgendem Antrag:

"Die Gemeinde Alveslohe verpflichtet sich, keine Produkte einzukaufen oder einzusetzen, die unter illegaler und ausbeuterischer Kinderarbeit hergestellt wurden. Entsprechende Nachweise sind bei allen zukünftigen Ausschreibungen einzufordern."

Dazu meint die Fraktionsvorsitzende Karin Peters:

„Eigentlich hatten wir sofort mit deutlicher Zustimmung gerechnet. Dass unser Antrag in der Juni-Sitzung 2010 so lange diskutiert, dann in den Ausschuss für Bildung Sport und Soziales zurück gewiesen wurde, und auch dort wieder für ausgiebige Diskussion sorgte, hat uns doch sehr verwundert und auch enttäuscht. Gerade in unserer globalisierten Welt sind die Produkte, die von Kindern unter unmenschlichen, für uns unvorstellbaren Bedingungen hergestellt werden im täglichen Leben präsent. Man muss sich nur einmal die erschreckenden Bilder im Internet ansehen. Da arbeiten Kinder in Steinbrüchen, auf Baumwollfeldern, in der Näherei, in der Teppichherstellung. Kinder im Grundschulalter, die bei uns in die Schule gehen würden und täglich mindestens 3 Mahlzeiten vorgesetzt bekämen, arbeiten in einigen asiatischen und afrikanischen Ländern unter lebensgefährlichen Bedingungen, nur um zu überleben oder ihre Familie ernähren zu können. Diese Tatsachen darf man einfach nicht mehr übersehen, sondern muss deutliche Ablehnung äußern.“

Der Antrag der Grünen wurde nach den langen umständlichen Diskussionen leider etwas verwässert, aber die Idee, sich hier für Menschen einzusetzen, die sich nicht wehren können wurde dann doch von der Mehrheit der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter unterstützt.

Der Beschluss lautet jetzt:

"Die Gemeinde Alveslohe lehnt illegale und ausbeuterische Kinderarbeit ab.

Es sollen bei der Vergabe von Aufträgen vorrangig Firmen berücksichtigt werden, die sich in ihrer Unternehmenspolitik dazu verpflichten, auf illegale und ausbeuterische Kinderarbeit zu verzichten. Eine Einzelfallentscheidung ist möglich".

Die Gegenargumente: "Wir schaden mit solchen Forderungen, den Handwerkern im Ort“, können wir nicht gelten lassen, denn auch der Handwerker vor Ort kann bei seinen Lieferanten nachfragen, wo und unter welchen Bedingungen das Material produziert wurde. Diese Auskünfte machen ihn auch über den Ort hinaus konkurrenzfähiger. Außerdem hilft jede Frage, eine weitere Person oder Firma für das Thema zu sensibilisieren.

Die Grünen hoffen jetzt darauf, dass viele solcher Anträge in anderen Gemeinden, im Amt, im Land und im Bund gestellt werden, damit die großen Firmen endlich einsehen, dass es in keinem Fall vertretbar ist, kleine Menschen für die Produktion auszubeuten, nur um Produkte möglichst billig auf den Markt bringen zu können.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN Alveslohe

Alveslohe, 6. Juni 2010